OUTLAW

DEBATTENBEITRAG ZU OFFENSIVEN PROZESSSTRAEGIEN

Vorwort: Unsere Gedanken zu Repression, Knast und offensiven Prozessstrategien 2

Die Prozessstrategie im Fall Nero... ...und was wir daraus lernen können 3

Wir müssen reden... ...aber nicht mit dem Staat 6

Ein Plakat und seine Folgen... ...den öffentlichen Frieden stören 13

Links 23

Berlin, Mai 2019

FreeThemAll.noblogs.org

Solange ein Rebell am Leben ist, büßt der Staat einen strategischen Rückschlag ein. Er hat es nicht geschafft den Kreis zu sch
Technologien erforschen, um eben diesen Kreis zu schließen. Aber wenn die Rebellen sich für ein Projekt vereinigen, wenn die Re

VORWORT

Unsere Gedanken zu Repression, Knast und offensiven Prozessstrategien

Im Mai letzten Jahres haben unterschiedliche Zusammenhänge Veranstaltungen rund um das Thema Repression organisiert. In dieser Broschüre werden drei dieser Veranstaltungen dokumentiert und die Diskussionen, die in deren Rahmen stattfanden, wiedergegeben.

Die Texte spiegeln nicht immer die Meinung der Veranstalter*innen wider, es ist uns jedoch wichtig den Prozess darzustellen und einen Beitrag zu einer Debatte zu leisten, die kontrovers geführt wurde und so weiter geführt werden sollte.

Die drei Veranstaltungen hatten unterschiedliche Schwerpunkte. In der ersten ging es um den, zu dem Zeitpunkt Gefangenen, Nero und um seine Prozessstrategie, sowie die Soliarbeit. Die zweite Veranstaltung befasste sich mit Deals und Einlassungen und legte den Schwerpunkt auf aktuelle Prozessstrategien und den Umgang mit Repression. Bei der letzten Veranstaltung gab es im Gegensatz zu den anderen eine langfristige Vorbereitung, da versucht wurde anhand eines konkreten Strafbefehls, einen Diskussionsprozess zum Umgang mit individualisierter Repression zu führen.

Wir wollen das Vorwort und das Fazit nutzen, um unsere Positionen zu der Thematik darzulegen.

Wir lehnen es ab Deals einzugehen, Einlassungen zu machen, Reue zu zeigen oder gar „Entschuldigung“ zu sagen, da wir gegen das Konstrukt von Schuld und Unschuld sind und dies den Herrschenden überlassen. Denn sobald wir uns dazu herablassen uns mit der eigenen Schuldfrage auseinanderzusetzen, sind wir schon Teil dieser Logik.

Wir können auf unterschiedlichen Ebenen Verantwortung für Taten und Ideen übernehmen. Vor Gericht können wir beispielsweise mit einer politischen Erklärung, ohne ein Geständnis abzulegen und eine Schuld anzuerkennen, unsere Positionen vertreten.

Jenseits des staatlichen Rahmens übernehmen wir Verantwortung, indem wir uns mit allen, die unsere Ideen teilen, solidarisch erklären und eine Komplizenschaft eingehen.

Es ist wichtig unser Handeln im Repressionsfall zu reflektieren, damit wir die Deutungshoheit unserer Taten zurückerlangen. Dabei ist es irrelevant, um welche Aktionsformen es sich handelt, grundlegend ist ein bewusstes Agieren, mit allen dazugehörigen Konsequenzen, welches man vor sich und den Gefährt*innen verantworten kann.

Ein Ziel von Repression ist immer Abschreckung: die eine Person ist betroffen und du könntest die nächste sein. Offensive Soliarbeit wird oft als kontraproduktiv betrachtet, um schnell und unspektakulär rauszukommen. Das hört nicht nach der konkreten Festnahme auf, sondern setzt sich in der Art, wie die Prozesse geführt werden, fort: In Einlassungen, Aussagen, Reue, Alibis und Ausreden. Diese Art von Reaktion auf Repression basiert auf der Annahme, dass auch nicht so viel passieren kann, wenn man für seine politischen Taten keine Verantwortung übernimmt. Die Hoffnung, dass dieses reaktionäre, passive Handeln für uns funktional ist, beruht nur auf dem Vertrauen in den Staat.

Wir meinen, dies ist zu kurz gedacht. Beispielsweise habe ich eine Anzeige wegen Vermummung und gehe deswegen nicht mehr zur Demo oder eine wegen Landfriedensbruch und komme auf drei, vier Jahre Bewährung raus und muss mich dann an bestimmte, vom Staat vorgegebene, Regeln halten, sonst gibt es den Bewährungswiderruf und es geht zurück in den Knast.

Für uns ist Knast ein Kampfgebiet, der Prozesssaal ist ein Kampfgebiet, sowie die entfremdete Arbeit oder der tote sinnentleerte Alltag, den uns dieses System bietet. Im Knast und im Prozess hört das Leben nicht auf – es ist vielleicht anders, schwieriger und setzt neue Herausforderungen...

Mit den Veranstaltungen wollten wir Handlungsoptionen diskutieren, wie wir möglichst kollektiv unsere Haltung wahren und weiterhin handlungsfähig sein können, ohne mit dem Staat und seinen Schergen zu kooperieren.

Leider haben sich viele Personen und Zusammenhänge von einer offensiven, politischen Prozessführung- und begleitung immer weiter entfernt. Wir fragen uns

ließen: er muss neue Kriege anzetteln, er muss neue Verfahren ausarbeiten, er muss neue Energie aufwenden, neue bellen zu Revolutionären werden, dann ist der Staat erst richtig in Gefahr.

Vetriolo, anarchistische Zeitung, Italien 2019

warum und fordern eine weitergehende und breitere Diskussion darüber ein. Solange es Widerstand und Revolten gibt, wird der Staat immer mit all seinen Mitteln darauf reagieren. Diese Mittel wurden aufgrund technischer Möglichkeiten und Gesetzesänderungen erweitert und wir müssen uns diesen neuen Herausforderungen stellen.

Widerstand sollte keine Spielwiese und das Gericht kein Einkaufsladen für Deals und Einlassungen sein. Wenn wir von unseren Ideen und Aktionen überzeugt sind, müssen wir auch mögliche Konsequenzen, im schlimmsten Fall Flucht, Knast oder Tod, in unsere Kämpfe einbeziehen.

Für eine Bewegung, die sich ernst nimmt, sollte klar sein, dass sie mit Menschen, die verhaftet werden, mit Verfahren überzogen werden oder in den Knast kommen, solidarisch ist. Solidarität sollte offensiv sein, denn es ist relevant, dass unsere Kämpfe innerhalb und ausserhalb der Knäste weitergeführt werden.

Eine Bewegung, die sich nicht um ihre Gefangenen kümmert, ist schon lange tot!

DIE PROZESSSTRATEGIE IM FALL NERO...

...UND WAS WIR DARAUS LERNEN KÖNNEN

Zur Zeit der Veranstaltung im Mai 2018 saß Nero schon fast ein Jahr im Knast. Er wurde zu 18 Monaten Haft verurteilt, weil er einen Bullenhelikopter mit einem Laserpointer geblendet hat. Seine Prozesstrategie war defensiv und es gab den Versuch, aufgrund des Vorwurfs (Gefährlicher Eingriff in den Luftverkehr), das Verfahren zu entpolitisieren. In der Veranstaltung wurde dieser Prozess geschildert und auch die Soliarbeit kritisch beleuchtet. In der anschließenden Diskussion wurden einige besondere Punkte debattiert, so beispielsweise die Rolle der Anwält*innen, die Vorbereitung auf den Knast innerhalb von Bezugsgruppen und der Umgang mit der Repression im Knast. Neben Kritik an Nero und der Soligruppe wurden einige Beispiele aufgeführt, die sowohl besser als auch schlechter gelaufen sind und so wurden in der Diskussion diverse Punkte festgehalten, die hier zusammengefasst werden.

Diskussionsprotokoll

Prozessstrategie

Eine Kritik an Neros Prozessstrategie war, dass versucht wurde das Verfahren zu entpolitisieren. Hierbei stellt sich die Frage, ob man offensiv den politischen Kontext benennen und nutzen soll oder auf eine geringere Haftstrafe hofft, indem dieser Kontext durch die Öffentlichkeitsarbeit gar nicht erst hergestellt wird.

Im Fall von Nero hat sich deutlich gezeigt, dass die Strategie der Entpolitisierung doppelt falsch war. Das Verfahren wurde vom Gericht politisch geführt, während die eigene Überzeugung bewusst zurückgehalten wurde, was sowohl den Gefangenen, als auch das politische Umfeld geschwächt hat.

Es bleibt das bittere Gefühl, dass der Glaube an den juristischen Weg als wichtiger erachtet wurde, als die eigene Haltung. Ein kleiner Trost ist, dass der politische Kontext zwar verschwiegen, aber nie geleugnet wurde. Im Nachhinein wurde der Umgang als Fehler betrachtet und spätestens seit dem Urteil äußert Nero sich unversöhnlich und es war möglich eine offensive Soliarbeit in die Wege zu leiten.

Anwält*innen

Unabhängig von Nero wird oft beobachtet, dass Prozesse gänzlich den Anwält*innen überlassen werden. Die eigene Positionierung wird häufig nicht erfragt, jedoch auch nicht kundgetan. Es ist durchaus möglich die Prozessstrategie zu beeinflussen und nicht der Empfehlung der Anwält*innen zu folgen, sondern eine eigene in der Soli- oder Bezugsgruppe bzw. eine gemeinsame Strategie mit Anwält*innen zu entwickeln.

Aussagen

Bei der Diskussion um die Prozessstrategie kam auch die Frage auf, ob Aussagen nicht in gewissen Situationen „sinnvoll" sein können. Dies wurde verneint. Aussagen sind immer schädlich, aber wenn sie mittels Erpressung oder Folter herbeigeführt wurden, ist es möglich sie zurückzuziehen. Als Beispiel wurde ein Prozess vor etwa 15 Jahren in Magdeburg genannt, bei dem die Betroffenen später sagten, dass sie psychisch unter Druck gesetzt wurden und schließlich die Aussagen vor Gericht nicht verwertbar waren.

Vorbereitung

Wie in allen Bezugsgruppenreadern und anderen Leitfäden immer wieder erwähnt wird, ist die kollektive Vorbereitung auf mögliche Szenarien der Repression das Wichtigste. Vorher darüber zu sprechen, erleichtert den Menschen drinnen und auch dem Umfeld draußen den Umgang und ermöglicht ein schnelleres Handeln. Klare Positionen im Vorhinein machen es auch einfacher eine gemeinsame politische Strategie, statt nur einer juristischen, zu verfolgen. Allein das Gefühl einer gemeinsamen politischen Strategie durchbricht die Isolierung der Gefangenen.

Alle werden mit Widersprüchen konfrontiert sein. Sich dieser Konfrontation zu stellen, wird leichter fallen, wenn Menschen im Vorfeld darüber sprechen.

Haftprüfung

Ein Knastaufenthalt beginnt in der Regel mit einem zweiwöchigen Warten auf die Haftprüfung. Der Ratschlag von Diskussionsbeteiligten war, sich in dieser Zeit um Kontakt nach draußen zu kümmern. Alles Weitere kann später besprochen werden, man muss sich darüber im Klaren sein, dass vor der Haftprüfung nichts gemacht werden kann. Deswegen gilt auch hier nachdrücklich keine Aussagen zu machen.

Auch wenn der Kontakt zu Anwält*innen unterbunden wird und den Menschen Angst gemacht wird, beispielsweise mit der Androhung langer Haftstrafen, ist es gerade in der ersten Zeit sehr wichtig die Ruhe zu bewahren. Es ist normal, dass man darauf hofft, bei der Haftprüfung haftverschont zu werden. Hoffnung ist jedoch ein beliebtes und viel genutztes Druckmittel.

Die erste Zeit im Knast bestimmt das weitere Verhalten oft maßgeblich.

Befriedung

Es wurde auch gesagt, dass es falsch ist Menschen, die zum ersten Mal im Knast sitzen, vorzuwerfen, dass sie nicht sofort erkennen, wo sie da gelandet sind. Dieser Ort soll Menschen befrieden und brechen, es fällt schwer sofort alle Fallen des Knastsystems zu entlarven. Zumal es auch die Aufgabe der Menschen draußen ist, diese deutlich zu machen und die Gefangenen zu unterstützen. Nicht jede*r kann/muss so stark sein/bleiben.

In seinen Texten schildert Nero die Widersprüchlichkeit seiner eigenen Haltung und Gegenstrategie. Er verweigert zwar jegliche Mitarbeit, ertappt sich jedoch häufig dabei, dass er sich der Hoffnung auf offenen Vollzug hingibt, denn es ist unheimlich schwer sich dem Knastsystem gänzlich zu verweigern. Oft fällt es Menschen draußen schwer nachzuvollziehen, dass eben dieser Ort (für eine Weile) der Lebensmittelpunkt der Gefangenen ist und der Bezug nach draußen und dem Leben dort immer weiter wegrückt.

Privilegien

Die wohl beliebteste Befriedungsstrategie im Knast ist es, Gefangenen Privilegien zu gewähren oder zu versprechen und sie mit deren Entzug oder Vorenthaltung erpressbar zu machen. Die Erfahrung zeigt, dass Gefangene unsolidarischer und egoistischer werden, je mehr Privilegien sie haben. Im Fall von Nero wurde versucht ihn zu isolieren, indem Mitgefangenen der Verlust ihrer Vorteile angedroht wurde, sollten sie Kontakt zu ihm haben. So verhalten sich die Leute aus Angst, ihre eigenen Vorteile zu verlieren kooperativ und arschkriecherisch gegenüber der Anstalt. Dieses Verhalten muss reflektiert werden, aber auch die Menschen draußen sollten nachvollziehen lernen, welche Bedeutung Privilegien wie ein Buch oder eine DVD für eingesperrte Menschen haben können.

Ein sehr großes Privileg ist der offene Vollzug. Hier wurde diskutiert, dass es schwer vorstellbar ist, den offenen Vollzug zum eigenen Ziel zu erklären. Es würde schließlich bedeuten, dass man sich selbst täglich freiwillig einsperren lässt.

Eine These, die in Bezug auf die Privilegien aufgestellt wurde, war, dass die Haftbedingungen die Atmosphäre im Knast bedingen. Je schlechter die Haftbedingungen, desto klarer ist die Position der Gefangenen gegenüber dem Knastsystem und seinen Schergen.

l, es sei denn das des eigenen Gewissens.

Erich Mühsam

Umfeld

Leider muss oft festgestellt werden, dass Menschen im Knast allein gelassen werden, weil die Leute draußen Angst vor Repression haben. Nicht zu Unrecht. Einige wollen keine Briefe schreiben, weil sie Fingerabdrücke hinterlassen könnten, andere trauen sich nicht die Gefangenen zu besuchen.

Diese Sorgen sind legitim, es bleibt allerdings eine Frage der Prioritäten.

Im Fall von Nero spielte das Umfeld eine große Rolle in der Strategie der Anstaltsleitung. Es wurde versucht ihn zu Distanzierungen zu nötigen, er wurde mit Maßnahmen überzogen, weil ihnen die Motive auf den Postkarten missfallen haben oder er wurde für Soliaktionen außerhalb der Mauern mitverantwortlich gemacht.

Je mehr Öffentlichkeit es jedoch gibt, desto größer ist das Umfeld und umso schwerer ist es für sie, ihre Repression anzuwenden und die Gefangenen schöpfen daraus meist mehr Kraft.

Zudem kam die Anmerkung, dass es schon vorgekommen sei, dass Menschen früher entlassen wurden, da die Knastleitung keine Aussicht auf „Besserung" der Gefangenen mehr gesehen hat.

Auch für den Knast bedeuten Sanktionen Stress und Gefangene mit einem großen solidarischen Umfeld machen ihnen viel Ärger und mehr Arbeit.

Ausblick

Am Ende drehte sich die Diskussion um zukünftige Strategien und Handlungsoptionen, vor allem weil davon ausgegangen wird, dass es bald, u.a. wegen G20 noch mehr Gefangene geben wird.

Die Diskussion drehte sich vor allem um das Organisieren von Kundgebungen. Auch wenn „unsere Gefangenen" uns nicht hören können, sprechen sich Kundgebungen im Knast rum. In Hamburg lassen sie Luftballons fliegen, damit Gefangene zumindest sehen, dass Menschen in ihrer Nähe sind und es wurde vorgeschlagen mehr Öffentlichkeit zu schaffen, indem beispielsweise die Presse zu solchen Veranstaltungen eingeladen wird. Da das Thema Knast wenig präsent ist und derartige Kundgebungen oft schlecht besucht sind, wurde vorgeschlagen zunächst auf anderen Ebenen zu sensibilisieren. Beispiele hierfür waren Veranstaltungsreihen zu Knast oder auch eine gekürzte Version von dem Buch „Wege durch den Knast" zu verbreiten.

Die Gefangenen könnten mehr Druck ausüben, indem sie beispielsweise die Verantwortlichen im Knastsystem aus der Anonymität holen und vermehrt über die Zustände hinter den Mauern berichten.

Ist das Schicksal als Sieger oder Besiegter zu enden nicht ausserdem besser als die düstere Resignation und langsame, endlose Er hat daher ein paar Chancen zu gewinnen. Und das ist genug.

WIR MÜSSEN REDEN...
...ABER NICHT MIT DEM STAAT

Der Vortrag zum Thema Deals & Einlassungen fand am 24.05.2018 in der Kinzigstraße 9 / F-Hain statt. Es war uns ein Bedürfnis dieses Thema nochmals anzusprechen, da wir der Meinung waren und sind, dass das Thema staatliche Repression und der Umgang damit zu wenig Beachtung innerhalb einer wie auch immer definierbaren Bewegung einnimmt. Das fängt beim lockeren Plausch mit den Bullen an, wenn nach dem Weg zur Demonstration gefragt wird oder versucht wird bei einer Zwangsräumung eben jenen Kettenhunden ins Gewissen zu reden und hört auf, wenn vor Gericht Reue gezeigt oder im schlimmsten Fall gegen andere ausgesagt wird. In den letzten Jahren gab es verschiedene Informationstage, Kundgebungen und direkte Aktionen, die uns motiviert haben, einen Austausch zu dieser Thematik zu fokussieren.

"Wenn du vorher ausgemacht hast: wenn einmal etwas passiert, dann kein Wort, keine Aussage, dann hast du ein sicheres Gefühl!" (Sonja Suder)

Der Einladungstext, mit dem zu dieser Veranstaltung geladen wurde, soll hier nochmals abgedruckt werden:

Wir laden euch ein zu einer Diskussion über Einlassungen, Deals und politische Prozessführung. Alle kennen die Grundsätze aus der „Anna & Arthur halten's Maul" Kampagne. Wir wollen auf die Entstehungsgeschichte dieser Strategie eingehen und diskutieren, warum es immer noch wichtig ist, sich daran zu halten. Es scheint so, dass immer mehr Menschen, die unmittelbar von Repression betroffen sind, diese Grundsätze als hohle Phrase begreifen und lieber ihre eigene Haut retten wollen. Der individualisierte Umgang bei Repressionsfällen, der durch ein Umfeld entsteht, welches keine Verantwortung mitträgt, steht im starken Gegensatz zur allseits bekannten Parole: „Getroffen hat es einige, gemeint sind wir alle.

Häufig wird die Solidarität mit den Betroffenen von Repression an eine Unschuldsvermutung geknüpft. Das heißt im Umkehrschluss, dass man sich bereits damit abgefunden hat, die staatlichen Institutionen und ihr Konstrukt von Schuld und Unschuld anzuerkennen und somit ihre Autorität hinzunehmen.

Wir wollen diskutieren, wie wir wieder zu dem Punkt gelangen, dass Prozesse im Gerichtssaal politisch (offensiv) geführt und außerhalb – jenseits einer juristischen Perspektive – begleitet werden. Es findet eine anhaltende, in Verfahren vorgespielte, Entpolitisierung bzw. Distanzierung im Zuge von Repression statt. Hierzu thematisieren wir einige gegensätzliche Strategien in aktuellen Prozessen.

Wir wollen auch ein paar positive Beispiele mit auf den Weg geben, um für die Zukunft Handlungsspielräume zu eröffnen.

FreeThemAll.noblogs.org/veranstaltungen

Das Thema staatliche Repression und mögliche Gegenstrategien wird oftmals sehr emotional und auf unterschiedlichen Ebenen behandelt / diskutiert, da viele Menschen bereits ganz persönliche Erfahrungswerte besitzen. Daher wurde im Vorfeld der Diskussion ein Vortrag gehalten, um zum einen das Thema einzugrenzen, aber auch um einen Wissensaustausch bzw. eine Wissensbasis zu ermöglichen.

Das Rad muss dabei nicht neu erfunden werden. Nehmen wir beispielsweise die „Anna & Arthur halten's Maul"-Kampagne:

Im November 1987 wurde während einer Demonstration gegen die Startbahn West auf Bullen geschossen. Neben dieser Zuspitzung des Protestes, wurden als direkte Aktionen gegen Atom- und Kriegspolitik und dem Startbahnwestprojekt zur Störung der Infrastruktur auch viele Strommasten gefällt. Nach den Schüssen zogen die Bullen durch alle Häuser und Wohnungen mit einer vorgeschobenen Mordanklage und forderten Aussagen zu den Aufenthaltsorten der Menschen am Tag der Schüsse. Vor allem wollten sie jedoch herausfinden, wer hinter den Angriffen auf die Infrastruktur steckte. Viele ließen sich durch den Mordvorwurf so enorm unter Druck setzen, dass sie aussagten nicht dabei gewesen zu sein. Aus diesen Aussagen haben die Bullen ihre Netzwerkanalyse gemacht und konnten den Kreis der Tatverdächtigen eingrenzen und sie teilweise auch verurteilen. Daraus entstand die „Anna & Arthur halten's Maul"-Kampagne, denn egal wie man Deals, Einlassungen oder Aussagen macht, spielt man dem Staat Infos zu, die es ihm mitunter erleichtern, Analysen über unsere Zusammenhänge zu machen.

Agonie des Proletariers, der im Ruhezustand stirbt, ein Narr, der nichts vom Leben gewonnen hat? Der Bandit, er spielt.

Victor Serge

Input

Um eine kontroverse Diskussion / Auseinandersetzung mit diesem Thema zu erleichtern, wurde zum Anfang der Veranstaltung ein Input gehalten, welcher mit provokanten Fragen endete. Es wurde hierbei kurz auf die Entstehungsgeschichte der Aussageverweigerung eingegangen, welche maßgeblich durch die „Anna & Arthur halten's Maul"- Kampagne geprägt wurde. Wenn wir von Repression sprechen, ist es in der Regel notwendig eine ähnliche / gleiche Definition von juristischen Begriffen zu haben. Es scheint daher sinnvoll die Begriffe Einlassung, Deal und politische Erklärung näher zu beschreiben.

Einlassung

Als Einlassung wird eine Stellungnahme / Aussage zum Anklagevorwurf durch die beschuldigte Person bezeichnet. Dabei ist es unwesentlich, wem gegenüber die Einlassung stattfindet, egal ob vor Gericht oder bei einer Vernehmung durch Bullen oder Staatsanwaltschaft. Auch eine schriftliche Stellungnahme, beispielsweise vorgelesen durch die Anwält*innen, ist eine Einlassung.

Da eine Einlassung eben nicht nur die politische Ebene, sondern auch die Frage nach Schuld und Unschuld aufgreift, fungiert sie gleichzeitig auch als (Teil-) Geständnis oder als ein Abstreiten der Vorwürfe. Sie ist dabei nicht an Reue oder Entschuldigungen gebunden, sondern es ist sehr wohl möglich, sich zu den Tatvorwürfen (Schuld / Unschuld) zu positionieren und sich danach nicht weiter zu äußern. Eine Einlassung ist somit nicht immer gleich ein Geständnis, aber durch sie werden den Repressionsbehörden weitere Beweise und / oder Informationen gegeben. Diese können danach entweder gegen einen selber oder andere Personen genutzt werden (s. Startbahn-West).

Deal

Der Deal ist eine juristische Verständigung / Einigung, oft mit dem vordergründigen Ziel das Verfahren zu verkürzen. Ein Deal wird unter Richter*innen, Staatsanwaltschaft sowie Anwält*innen verhandelt, mit der beschuldigten Person gibt es in der Regel nur eine kurze Rücksprache, bei der es meist um die Frage geht, ob auf den Deal eingegangen werden soll oder nicht.

Ein Deal ist in jeder Stufe des Verfahrens möglich und kann von allen Seiten initiiert werden. Er scheint oft verführerisch, da es ohne ihn unmittelbar vor der Gerichtsverhandlung keine Garantie für den Ausgang des Verfahrens gibt, es muss demnach mit dem maximalen Strafmaß gerechnet werden. Inbegriff eines Deals ist in den meisten Fällen eine Anerkennung der Vorwürfe, zumindest teilweise. Weiterhin kann er an weitere Bedingungen geknüpft sein z.B.: Entschuldigung / Reue; DNA- Entnahme (G20); Aussagen zur weiteren Aufklärung (Einlassung); Distanzierung etc... Es ist auch möglich, dass konkrete Auflagen Teil des Deals sind z.B.: Arbeitsstunden; Geldstrafe; Kontaktverbote; therapeutische Maßnahmen (Antiaggressionstraining, anonyme Alkoholiker, Entzug) usw...

Politische Erklärung

Als politische Erklärung wird im Gegensatz zur Einlassung eine Statement bezeichnet, das den politischen Kontext einer Aktion unterstreicht. Es geht hierbei nicht darum, Aussagen über die eigene Rolle bei der vorgeworfenen Tat zu tätigen, sondern sich mit der Idee, die dieser zugrunde liegt, zu solidarisieren. Es wird die politische Verantwortung übernommen, ohne das Schuld-Unschuld-Theater mitzuspielen.

In anderen Ländern, beispielsweise in Griechenland, ist es üblich, die Verbundenheit zwischen Tat und den eigenen politischen Vorstellungen zu erläutern. Dieses Vorgehen, schwächt die Macht des Staates, weil die beschuldigte Person zum einen weder auf das Schuld-Unschuld-Konstrukt eingeht und zum anderen eine Öffentlichkeit für unser Handeln schafft. Zusätzlich erzeugt es ein Gefühl, der Kompliz*innenschaft und Solidarität bei allen Beteiligten.

Ein Ziel der Repression ist die Distanzierung und Individualisierung von Betroffenen. Warum scheint es heutzutage einfacher für den Staat dieses Ziel zu erreichen? Im Vortrag wurde dies mit einer Veränderung der Verteidigungsstrategie innerhalb der Szene beantwortet. Als möglicher historischer Wendepunkt wurde der G8 2007 in Rostock genannt.

Hier gab es eine Distanzierung von Gewalt durch Teile der Szene schon während des Gipfels. Aber auch danach gab es dadurch eine Spaltung der Solidaritätsbewegung. Es scheint, dass seit dem bei vielen die Gewaltfrage bei der Bemessung von Solidarität das wichtigste Bewertungsmittel ist. Auch scheint es, dass die Solidarität innerhalb der linken Szene abhängig von der Darstellung durch die bürgerlichen Medien geworden ist.

Dieses unsolidarische Verhalten könnte ein Grund für die vermehrte Anzahl an Unschuldskampagnen in den letzten Jahren sein. Auch der Rückgang von aktiver Soliarbeit in und um den Prozess könnte damit zusammenhängen. Für die Betroffenen hat dies aber auch noch eine persönliche Ebene. So kann eine Distanzierung zu einer Individualisierung und Entpolitisierung (beispielsweise weil man die Leute nicht mehr sehen will) führen.

Die Entpolitisierung und Individualisierung führt am Ende zu einer Anerkennung des Schuld-Unschuld-Konstruktes und damit zu einer Akzeptanz der staatlichen Spielregeln. Durch Einlassung und Deals nimmt man individuell die konstruierte Schuld an.

Repression geht auch immer einher mit der Angst vor Verachtung (beispielsweise durch bürgerliche Medien oder eben der eigenen Szene) und dem Verlust gesellschaftlicher Anerkennung. Viele denken, sie müssten alleine für das gerade stehen, was sie getan haben oder sie beschreiben ein absurdes Unwohlsein / Schuldgefühl, andere in die Folgen und den Umgang mit der Repression einzubeziehen.

Eine Gegenstrategie wäre, durch ein solidarisches Umfeld / Verhalten diese Ängste abzubauen. Denn wer ein solides Umfeld hat, wird in der Regel besser mit diesen Problemen umgehen können, da diese Person nicht alleine gelassen wird.

Es wurde bereits beschrieben, dass eine unpolitische Prozessführung in der Regel zu einer Individualisierung der Betroffenen führt. Der gern zitierte Slogan: „Getroffen hat es einen, gemeint sind wir alle.“, scheint nur noch eine hohle Phrase zu sein. Im Folgenden wurden Beispiele aufgeführt, die mit dem Mythos brechen, dass es von Nachteil wäre, Prozesse politisch-offensiv zu führen.

So erhielt Nero trotz Einlassung das maximale Strafmaß und besonders die G20 Prozesse haben gezeigt, dass es keinen Unterschied macht, wie man sich vor Gericht verhält. Einige sitzen trotz Entschuldigung, andere wurden aus der U-Haft / Knast entlassen, obwohl sie nichts gesagt haben (Peike und Fabio *unitedwestand.blackblogs.org/erklaerung-von-fabio-v-anlaesslich-der-sitzung-am-07-november-2017-im-amtsgericht-hamburg-altona*).

Die Hoffnung auf ein milderes Strafmaß ist dabei eher Wunschgedanke und wird vom Staat immer wieder als Druckmittel eingesetzt, man macht sich also erpressbar. Früher war es auch in Deutschland normal, dass zumindest nichts gesagt wird. Weder bei den Bullen, der Staatsanwaltschaft noch vor Gericht. Kollektives Schweigen ist politisch. Auch hier stärkt ein vorbereiteter Zusammenhang das eigene politische Selbstbewusstsein, sowie das Vertrauen untereinander füreinander einzustehen. Ein positives Beispiel für diese gelebte Solidarität kann das in Kauf nehmen von Beugehaft sein. Dies wird oft angedroht bzw. verhängt, wenn man als Zeug*in keine Aussage macht. Hier sieht man deutlich, dass Repression nicht immer nur Beschuldigte treffen kann und es daher umso wichtiger ist, einen kollektiven Umgang damit zu finden (K.O.M.I.T.E.E. - keine Aussage trotz Vorladung bei der BAW in Karlsruhe *dageblieben.net* ; Magdeburg: 2005 *rhffm.blogsport.eu/files/2016/07/broschuere_der_hunger_des_staates_nach_feinden.pdf* S.49).

Ein weiteres Zeichen der Solidarität ist die Prozessbeobachtung. Noch bis in das Jahr 2012 gab es beispielsweise bei den Autobrandstiftungsprozessen mehr solidarische Menschen als Plätze im Gerichtssaal. Doch warum gibt es in letzter Zeit immer weniger öffentlich besuchte Prozesse in Berlin? Gibt es weniger Interesse? Mögliche Gründe könnten sein, dass es weniger öffentliche Aufrufe zur Prozessbeobachtung von Gruppen oder auch im Stressi gibt. Viele Leute wollen ihre Einlassungen nicht öffentlich machen, weil es immerhin noch im Bewusstsein verankert ist, dass es Scheiße ist. Repression ist zu einem Nischenthema verkommen, Interesse besteht meist nur noch bei persönlicher Betroffenheit. Viele Leute sagen auch, dass sie Paranoia / Angst haben, weil ihr Ausweis kopiert wird oder sie mit Straftaten und Gruppen in Verbindung gebracht werden können. Gegenkonzepte können auch hier wieder eine aktive Soliarbeit sein, die beispielsweise öffentlich zu Prozessbeobachtung aufruft und / oder eine gemeinsame politische Erklärung verfasst, die vor Gericht verlesen wird.

Andere Handlungsmöglichkeiten, um den Gerichtssaal

für politische Statements zu nutzen, können ebenso vielfältig sein wie an anderen öffentlichen Orten. Sie können sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gerichts stattfinden und zielen auf die gegenseitige Solidarität und Stärkung ab. Es wurden zum Schluß des Vortrags noch einige Beispiele genannt, die uns Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Für die wegen Bankraub beschuldigte Lisa wurde an einem Verhandlungstag, der gleichzeitig ihr Geburtstag war, von den Besucher*innen ein Geburtstagslied gesungen. Obwohl es im Vorfeld zu großen Diskussionen gekommen ist, ob dies schädlich für die Verhandlung sei, wurde der Plan durchgezogen. Lisa hat sich sehr gefreut und der Prozesstag wurde wie gewohnt fortgesetzt. Jegliche Befürchtungen sind also nicht eingetreten.

In Dresden kam es zu einer anderen Art von Widerstand. Als die Richterin den Saal betrat und die Anwesenden nicht von ihren Plätzen aufstanden, schäumte sie vor Wut. Auch nach mehrmaliger Aufforderung kamen weder das Publikum noch die Angeklagte ihrem Autoritätswunsch nach. Sie ließ den Saal räumen, wobei die Angeklagte freiwillig mit den Besucher*innen den Saal verließ und der Prozess in ihrer Abwesenheit weitergeführt wurde.

In Athen spuckte eine Beschuldigte der forensischen Gutachterin ins Gesicht, um zu zeigen, dass DNA sehr wohl übertragbar ist.

In Potsdam weigerten sich die Prozessbeteiligten den Prozess zu beginnen, solange es keinen ausreichend großen Saal für alle Besucher*innen gibt.

Gabriel und Begonia Pombo da Silva kamen aus Protest gegen Durchsuchungen am Gericht in Boxershorts und Badeanzug ins Gericht.

Folgende Fragen wurden vor der Veranstaltung verteilt:

1. Wie sehr lassen wir uns von Paranoia einschränken?

2. Führen mehr Leute im Knast zu mehr Solidarisierung?

*3. Welche Rolle nehmen Anwält*innen ein und welche gestehen wir ihnen zu?*

4. Gehen Leute, die widerständig und kompromisslos sind, gestärkt aus dem Knast bzw. der Repression hervor?

5. Sollte man auch bei kleinen Delikten große Strafen provozieren, indem man die Aussage verweigert oder einen Deal nicht eingeht?

6. Sind Erfahrungswerte verloren gegangen, sodass sich unerfahrene Leute schwerer auf Repression vorbereiten können?

7. Lohnt es sich überhaupt kompromisslos und widerständig zu sein, wenn draußen nichts passiert oder kein kreatives Umfeld da ist?

8. Setzt man mit offensivem Handeln auf der Straße Gefangene unter Druck oder sollte es selbstverständlich sein? Bedarf es der Erlaubnis / Initiative der Gefangenen, um Soliaktionen zu machen?

9. Gibt es in Bezug auf den Vorwurf Grenzen der Solidarität?

Diskussionsprotokoll

Schuld und Unschuld

Über Schuld oder Unschuld entscheidet im Gerichtssaal ausschließlich der Staat. Eine Anerkennung dieses Konstruktes bedeutet somit auch eine Anerkennung der staatlichen Spielregeln. Dabei ist es egal, welche Seite man wählt.

Sobald eine Mitschuld zugegeben wird, kann es zu einer Belastung anderer Personen kommen, denn der Staat konstruiert und überwacht in der Regel alle Bewegungen und Netzwerke vor und nach dem Prozess. Eben solche Konsequenzen kann es auch geben, wenn Menschen sich für unschuldig erklären, ein Beispiel hierfür sind die Vorfälle um die Startbahn West.

Ein Ergebnis von Unschuldskampagnen ist die Inkonsequenz in Bezug auf eigene Überzeugungen und Handlungen. Als Berliner Beispiel wurde die Unschuldskampagne „Freiheit für Matti" (*de.indymedia.org/2007/01/166335.shtml*) genannt, der Antifa, der niemals Nazis schlagen würde. Gerade hier wurde der Fehler gemacht, sich von seinen politischen Taten zu distanzieren. Obwohl ein klarer Bezug zur Antifa vorhanden war, wurde der Fakt, dass Nazis zu schlagen legitim ist, aufgeweicht. Ein Beitrag betonte, dass Unschuldskampagnen die eigenen Ideen verraten. Denn natürlich werden Nazis und Faschisten von Antifas zusammengeschlagen und dies hat gute Gründe.

Erfahrungen

Es wurde die Frage gestellt, warum Leute oft mit Repression so umgehen, als würde sie nicht zum eigenen politischen Handeln und der eigenen

Überzeugung dazugehören? Warum also gibt es so viele Deals oder Einlassungen?

Eine Position war, dass generationsübergreifend nur zu verschiedenen Teilbereichen gearbeitet wird, es jedoch an der Auseinandersetzung mit dem Staat mangelt. Viel mehr ist eine Konsumhaltung zu erkennen, bei der es zwar immer wieder zu politischen Aktionen jeglicher Art kommt, sobald es allerdings eine Antwort vom Staat gibt, wird sich zurückgezogen. Es fehlt eine Art Selbstverantwortung über Taten oder besser gesagt, die offensive Einstellung oder Haltung in und mit Aktionen seine Ideen zu verbreiten. Wenn ich ein Problem mit dem Staat und mit dem Kapitalismus habe und aus Überzeugung Taten begehe, dann arbeite ich danach nicht mit den Bullen, dem Staat oder Gericht zusammen.

Ein Beitrag wendet ein, dass seit 68 immer und immer wieder in WGs, in Häusern, in Gruppen diskutiert wird, was tun, wenn Knast? Was tun, wenn Bullen oder der Staat angreifen? Keine*r arbeitet mit den Bullen zusammen, kein Gespräch, keine Aussage, ganz klar! Immer auf die Fresse! Klarer Feind!

Eine Wortmeldung stellt die Unterschiede zwischen heute und der Bewegung in den 80er Jahren heraus. So findet die Individualisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt, wir können kaum noch kohärent das Leben führen, was wir wollten, wie wir es politisch und kollektiv wollen. Wir leben nicht mehr in besetzten Häusern, wir klauen nicht unser Essen, organisieren kaum kollektiv unser Leben. Keine Zeit. Wir müssen heute Miete selbst bezahlen und das Geld dafür ranschaffen, es ist nicht mehr so leicht kollektiv zu arbeiten und noch genügend Kraft und Geld für die Szene reinzubuttern etc..

Die wenigen, die noch kollektiv ihr Leben gestalten, haben betont, dass es ein großer Vorteil ist, in einem Haus zu leben, in dem der Austausch über Erfahrungen, Ängste und Handlungsmöglichkeiten stattfinden kann. Gemeinsam klauen, ist einfacher. Gemeinsam zur Demo fahren, motiviert mehr. Gemeinsam die Miete wuppen, nimmt den individuellen Druck.

Eine Gegenstrategie zu alltäglichen Isolation wäre, sich bewusst mit dem Thema Repression und mit den Konsequenzen des eigenen Handelns auseinanderzusetzen. Dies bedeutet aber auch, dass man sich schon vor dem Handeln in Gruppen und Freundeskreisen zusammensetzt und sich eine Strategie überlegt.

Es kam der Wunsch auf, dass mehr Personen über den Umgang mit Repression in den 80er & 90er sprechen und Leute, die im Knast waren, sollten mehr über Erfahrungen reden! Beides soll als Wissensaustausch und Vorbereitung für jüngere Generationen dienen. Hierzu gab es unterschiedliche Meinungen. Eine Person meinte, dass es ja genügend Literatur und Veranstaltungen gibt, in denen dieses Thema behandelt wird und eben jene Leute schreiben oder reden. Eine weitere Antwort meinte aber, dass es oft zu oberflächlich passiert. Es müsste mehr darüber geredet werden, wie die konkrete Erfahrung beispielsweise während der Festnahme ist. Persönlicher Erfahrungsaustausch und die Möglichkeit Fragen zu stellen und Informationen jenseits der Literatur zu erlangen ist sehr wichtig, um die persönlichen Erfahrungen nachvollziehen zu können.

Anwält*innen

Tiefergehend wurde auch über die Rolle der Anwält*innen diskutiert. Diese sind dabei natürlich in einem Zwiespalt. Zum einen möchten Sie als politische Person auch einen politischen

rung, die Herrschaft über die menschliche Selbstbestimmung, repräsentieren die Festung menschlicher Versklavung und den

Emma Goldman

Prozess führen, auf der anderen Seite ist es in ihrem Beruf aber üblich, ein möglichst geringes Strafmaß für ihre Klient*innen zu erreichen. Manchmal ist es allerdings nicht das Strafmaß, dass einen Prozess ausmacht, sondern wie dieser geführt wird. Weiterhin ist es eine Legende, dass offensiv geführte Prozesse prinzipiell zu höheren Verurteilungen führen. Inwieweit ist es also sinnvoll, sich einzig und allein auf die Expert*innen-Meinung von Anwält*innen zu verlassen? Ist es nicht besser sich im Vorfeld mit Freund*innen / Bezugsgruppen / Vertrauten oder anderen Beschuldigten zusammenzusetzen und sich eine eigene Strategie zu überlegen, in der die Anwält*innen ausschließlich Hilfsmittel sind?

Ähnlich verhält es sich bei Antirepressionsgruppen wie der Roten Hilfe. Diese wird nicht als Werkzeug genutzt, um bei einem Prozess die strategisch-politisch beste Vorgehensweise zu erzielen, sondern als Institution der Befriedung. Dies ist natürlich nicht im Sinne der Roten Hilfe. Aber es muss ein Umdenken eintreten, weg von einer Individualisierung hin zu einem kollektiven Umgang mit Repression. Denn die Vereinzelung ist ein Ziel der Repression.

Ein Vorschlag war hier, dass die Rote Hilfe und der EA vernetzender wirken könnten, z.B. gegenüber Personen, die ähnliche Anzeigen oder wegen derselben Aktion Ärger haben. Dies könnte mehr Handlungsoptionen bieten, Prozesse offensiv zu führen, Strafbefehle nicht zu zahlen, weil sie auch Geständnisse sind, kollektive Strategien für dieselbe Anklage in unabhängigen Prozessen zu haben.

Es gab Veränderungen im Handeln der beiden Berliner "Institutionen", früher haben sie nach Hausdurchsuchungen zu Vollversammlungen geladen und über den aktuellen Stand der Dinge aufgeklärt oder haben Prozesse beworben und Prozessbegleitung mitorganisiert.

Individualisierung

Es gab die Wahrnehmung, dass es im Vergleich zu früher nicht mehr so viele Leute gibt, die politisch aktiv sind. Dem wurde widersprochen, da es viele Gruppen gibt die auch zum Thema Repression arbeiten, sich jedoch nicht genügend über Knast als letztes Mittel des Staates, um uns zu brechen, ausgetauscht wird.

Oft werden Personen, die von Repression betroffen sind, allein gelassen. Dies betrifft häufig kleinere Vorwürfe wie Vermummung und ähnliches. In der Diskussion wurden verschiedene Ursachen dafür genannt. Man denkt, man schafft es allein und es lohnt nicht nach Unterstützung zu fragen oder der Vorwurf ist zu geringfügig, sodass angeblich keine Zeit vorhanden ist oder sich keine Soligruppe bildet.

Menschen werden aber auch ausgeschlossen, weil sie laut einiger Unfehlbaren einen vermeintlichen Fehler gemacht haben. Vermeintliche Fehler dürfen kein Grund für Isolation sein, sondern wir müssen gemeinsam daraus lernen.

Bei Verfahren mit einer höheren Strafandrohung, beispielsweise Autobrandstiftung oder ähnliches, werden Personen oft alleine gelassen, weil sie zu „heiß" sind und andere dadurch Angst haben, handlungsunfähig zu sein, wenn man in der Nähe dieser Personen verkehrt.

Ein weiteres Beispiel für die Individualisierung ist das Fernbleiben von Solidemos oder Kundgebungen die z.B. nach oder während Hausdurchsuchungen stattfinden. Auch hier möchte man gar nicht erst mit den Betroffenen in Verbindung gebracht werden.

Eine Person berichtete, dass es sehr wichtig ist, sich nicht allein gelassen zu fühlen und um Repression durchzustehen, das Gefühl einer existierenden Bewegung notwendig ist, die sie auffangen kann. Oftmals gibt es jedoch ein arrogantes Auftreten gegenüber bzw. eine Abwertung von anderen Strömungen oder Leuten, die nicht den jeweiligen Szene-Kodizies, wie Klamotten, Auftreten oder Sprachgebrauch entsprechen.

Bei manchen Aktionen wird zunächst geprüft, wie „politisch" diese war, bevor Solidarität geübt wird. Hier waren sich alle darin einig, dass diese Klassifizierung überwunden werden muss, da eine antistaatliche Haltung zwangsweise zu Repression führen wird, egal in welcher Form. Welche Straftat politisch ist und welche nicht, erübrigt sich danach, weil die meisten Leute, die vor Gericht stehen, aufgrund sozialer Marginalisierung oder Klassenzugehörigkeit angeklagt sind.

Wir müssen das Bewusstsein schärfen, dass alltägliche politische Straftaten wie Schwarzfahren und Diebstahl auch als solche gewertet werden und wir gemeinsame Strategien dazu entwickeln.

Der erste, der, nachdem er ein Stück Grund und Boden eingezäunt hatte, auf den Einfall kam, zu sagen: dies gehört mir, und

Es braucht daher eine Bewegung, die im richtigen Moment ihr Maul hält und sich mit Menschen, die von Repression betroffen sind, solidarisiert. Alle Repression ist politisch - ergo muss der Umgang damit auch politisch sein.

Prozessführung

Es entstand eine intensive Diskussion über politische Prozessführung. Es wurde berichtet, dass es in anderen Ländern verschiedene politische Herangehensweisen an Prozesse gibt. Beispielsweise in Griechenland bekennen sich Angeklagte oftmals dazu Teil einer Gruppierung zu sein (ähnlich hat die RAF das auch getan), gestehen aber darüber hinaus nicht ihre Beteiligung an den direkten Aktionen. Sie geben damit ein Statement ab, als Gruppe gegen den Staat und den Kapitalismus zu handeln und begründen dies ohne sich an dem Schuld-Unschuld-Konstrukt zu beteiligen.

Aber was bedeutet es hier in Berlin bzw. Deutschland einen politischen Prozess zu führen? Es gab verschiedene Fragen dazu. Beispielsweise: Warum agieren wir gegen den Staat, wenn unsere Ideen und Überzeugungen nicht offensiv vertreten werden? Warum solidarisieren wir uns nicht selbstverständlich mit Taten gegen das System, denn auch wenn eine Person betroffen ist, sind wir doch alle gemeint, oder? Warum sehen wir die Option Knast nicht als Konsequenz unseres Handelns und führen den Kampf bewusst fort?

Eine These war, dass es eine Strategie des Staates ist, Personen mit vermeintlich kleineren Verfahren zu überziehen, um sie damit zu zermürben. Ein weiteres Ziel könnte sein, möglichst wenig öffentliche Prozesse führen zu müssen, die dazu genutzt werden könnten, ein Politikum daraus zu machen. Strafbefehle sind daher ein Mittel, die Repression zu individualisieren und eine Entpolitisierung der vermeintlichen Tat zu fokussieren. Ein möglicher Umgang damit wäre die Strafbefehle nicht zu akzeptieren, sondern Widerspruch einzulegen und es im Fall der Fälle zu einem Gerichtsprozess kommen zu lassen, welcher dann eine Möglichkeit wäre, die Öffentlichkeit zu erreichen.

Eine Gegenposition meinte dazu, dass es oftmals eine Kosten-Nutzen-Frage ist. Bei kleineren Verfahren ist eine politische Prozessführung trotzdem zeitintensiv und diese Zeit fehlt den Leuten bei anderen Dingen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob die unterstützende Gruppe bzw. die betroffenen Personen nicht noch mehr im Fokus der Bullen stehen, wenn sie wegen einer Vermummung oder wegen des Klebens von Plakaten einen politischen Prozess führen? Selbst wenn ein zeitaufwändiger, kostspieliger, politischer Prozess geführt werden würde, wäre das Strafmaß ja nicht unbedingt geringer.

Es wurde an Hand von Beispielen aufgezeigt, dass es für das Strafmaß oft keine Rolle spielt, ob eine offensive Strategie geführt oder eine Einlassung abgegeben wird. So wurde Nero trotz fehlender politischer Kampagne zur höchsten geforderten Strafe verurteilt. Im Gegensatz dazu wurden Fabio und Peike, die im Zusammenhang mit dem G20 angeklagt waren, trotz offensiver Strategie nicht höher bestraft als Leute, die Reue vor Gericht gezeigt haben.

Ein vielfach hervorgebrachtes Argument war, dass eben die Konsequenz bis in den Gerichtssaal von der Stärke der Bewegung abhängt. Doch hier beißt sich die Katze in den Schwanz und es wird keine breite Auseinandersetzung innerhalb der Linken stattfinden, wenn wir nur „große" Verfahren öffentlich thematisieren und die Isolation, die die Bewegung schwächt, geht voran. Wenn wir jetzt nichts machen, weil wir zu wenige sind bzw. uns die Zeit nicht nehmen wollen, dann werden wir auch nicht mehr. Repression und Knast müssen genauso zur alltäglichen politischen Arbeit gehören wie andere Themen. Es wurde auf verschiedene kreative Beispiele verwiesen, die den Gerichtssaal zu einer politischen Bühne gemacht haben, um ein breites öffentliches Interesse zu erzielen.

Ein Vorschlag war, kleinere Verfahren mehr zu thematisieren. Öffentliche Treffen einzuberufen, um mit vielen Leuten in eine Diskussion zu kommen. Es wurde sich auch dafür ausgesprochen vor Gericht politische Prozesserklärungen zu verlesen. Zum einen können diese einer Individualisierung entgegenwirken, da man sich bewusst wird, dass für dieselbe Sache noch viele andere kämpfen und es ist auch ein Signal nach draußen, dass Leute nicht vor dem Staat einknicken. Weiterhin wurde berichtet, dass offensiv geführte Soliarbeit von draußen oft eine Solidarisierung von Mitgefangenen bewirkt.

Die Diskussion wurde sehr kontrovers geführt und schloss nicht mit einer gemeinsamen Perspektive, abgesehen von dem Wunsch und der Notwendigkeit sich weiter auszutauschen.

der Leute fand, die einfältig genug waren, um es zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft.

Jean-Jacques Rousseau

EIN PLAKAT UND SEINE FOLGEN...

...DEN ÖFFENTLICHEN FRIEDEN STÖREN

Das, im Folgenden beschriebene, Verfahren ist beendet und alle Texte, die es dazu gibt, werden hier chronologisch abgedruckt.

Warum Plaktieren als Landfriedensbruch geahndet wird

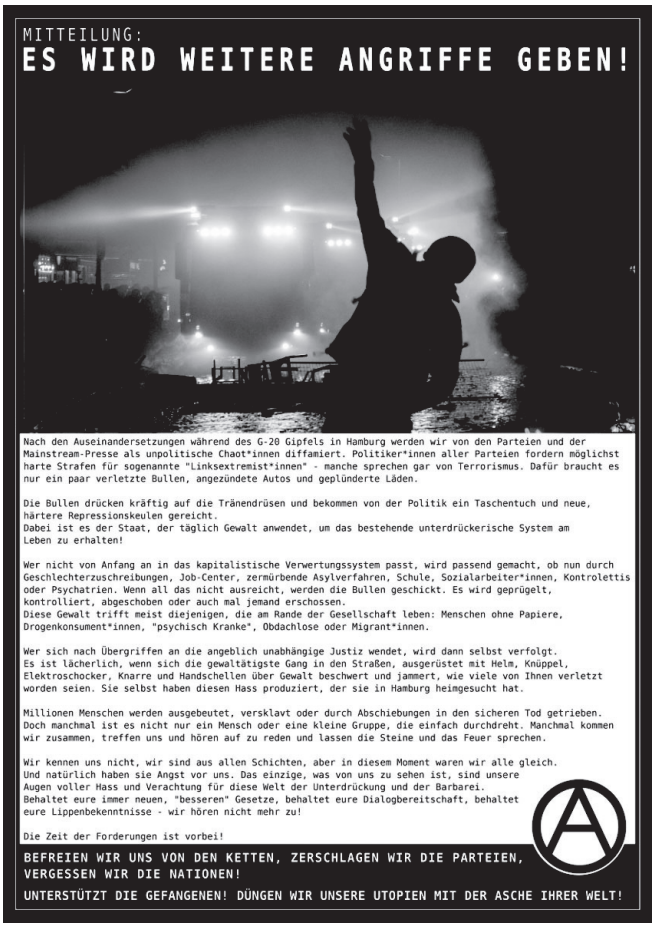
„In den Straßen Hamburgs habe ich unkontrollierte Freiheit geatmet, aktive Solidarität, die Entschlossenheit, die tödliche Ordnung, die uns von einigen Reichen und Mächtigen auferlegt wird, grundsätzlich abzulehnen.“ (Riccardo Lupano JVA Billwerder, Hamburg, 20. Juli 2017)

Der Aufstand beim G-20 in Hamburg 2017 hat gezeigt, dass die rebellische Entschlossenheit stärker sein kann als jede (vorbeugende) Kontrollvorkehrung. Das ist die wichtigste Erkenntnis dieser Tage, für die Rebell*innen, aber auch für die Feind*innen der unkontrollierten Freiheit.

Deswegen ist klar, dass der Staat mit all seiner Macht nach Verantwortlichen, nach Rädelsführer*innen, nach Straftäter*innen fahndet. Klar ist: irgendwer wird früher oder später dafür belangt werden, bzw. einsitzen. Die letzten Entwicklungen diesbezüglich, - siehe „Internationale Fahndung“ - zeigen das sehr gut. Eine politische oder anti-politische Bewegung, egal welcher Größe und Tendenz, muss sich mit dieser Tatsache auseinandersetzen.

In den vergangen Wochen gab es in Berlin mehrere Veranstaltungen und Diskussionen zum Thema Repression und der Frage nach dem Umgang damit. Generell gab es viel Zustimmung zu der Idee, offensive Handlungsmöglichkeiten auszuspähen. Verbunden wurde dies mit dem Wunsch, Gerichtsverfahren grundsätzlich mehr auf eine kollektive und politische Ebene zu bringen. Deshalb kann diese anstehende Gerichtsverhandlung als möglicher Ansatz und Inspiration für darauf folgende Verfahren dienen.

Fakt ist: Das diesmalige Verhalten und die Positionierung vor Gericht sind ein Resultat verschiedenster Momente des Austauschs unter



Gefährt*innen. Deshalb beruht die Prozessführung nicht auf einer individuellen Entscheidung, was ja auch ein Teilziel der Unterdrückung sein kann. Die kollektive Auseinandersetzung hat das qualitative Potenzial, die Vereinzelung von Angeklagten aufzuheben. Wo aus einem solidarischen Unterstützer*innenumfeld eine Komplizenschaft entsteht, die sich kollektiv verantwortet und handelt. Denn wie heißt es doch so schön: es trifft einen, gemeint sind wir alle...

Kommt vor und in das Gericht und bringt Plakate, Flyer, Broschüren, Transpis und was ihr wollt zum Thema G-20, staatlicher Unterdrückung usw. mit! Lassen wir uns nicht einschüchtern, unsere Überzeugungen weiterhin zu vermitteln!

„Sie selbst haben diesen Hass produziert, der sie in Hamburg heimgesucht hat. Millionen von Menschen werden ausgebeutet, versklavt oder durch Abschiebungen in den sicheren Tod getrieben.“ (Aus einem Strafbefehl, Zitat vom Plakat „Es wird weitere Angriffe geben“)

Ein Teil der Gesellschaft besitzt das Monopol auf dieses Geld und benützt dieses Metall dazu, sich den Rest der Welt Unterta

Dem Gericht eine kleben

Aufruf zur Prozessbegleitung

Im Spätsommer 2017, nach den G20 Revolten wurde das Plakat „Es wird weitere Angriffe geben!“ öffentlich verbreitet. Der Staat reagierte darauf mit einem Strafbefehl, der anklagt, dass mit diesem Plakat der öffentliche Frieden gestört wurde. Weiter: es wird von einem besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs ausgegangen, weil die in Hamburg begangenen Straftaten auf „öffentlichem Straßenland gutgeheißen wurden und zur Wiederholung aufgefordert wurde“. Letztendlich wurde eine Geldstrafe von 80 Tagessätzen zu jeweils 30 Euro festgesetzt.

Die Tatsache, dass die befreienden Momente des Angriffs auf den Staat beim G20 in Hamburg im Plakattext inhaltlich als Notwendigkeit und logische Konsequenz von Ausbeutungsverhältnissen beschrieben wurden, kommt nicht von irgendwoher. Der direkte Angriff auf Machtstrukturen und deren Symbole und Verteidiger*innen ist Teil einer revolutionären Perspektive, die für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpft. Für eine befreite Gesellschaft, ohne jegliche Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Denn die gewalttätige Unterdrückung des Menschen erschafft soziale Ungleichheiten, Ausbeutung, Machtkonflikte und letztendlich Kriege. Das sind eindeutig alles Eigenschaften eines modernen Staates - der sich aber stets seiner Angreifbarkeit bewusst ist. Der Grundpfeiler der westlich zivilisierten Welt, der Kapitalismus, entspringt keiner natürlichen Gegebenheit, denn sonst wären der Staat, seine Gesetze, Knäste und Strafmaßnahmen überflüssig. Diese deuten auf seine Verletzbarkeit hin! Denn was vom Menschen erschaffen wurde, kann auch nur durch ihn wieder zerstört werden!

Daher wundert es nicht, dass schon ein Plakat, welches zur Überwindung der Ausbeutungsverhältnisse aufruft, staatlich verfolgt wird. Was bleibt dem Staat anderes übrig, als die eigene Macht mit Gewaltausübung und Strafverfolgung zu rechtfertigen und durchzusetzen? So kann ein Ansatz der revolutionär und antiautoritär sein will, nichts anderes als herrschaftsfeindliche Ideen unerbittlich zu verbreiten und sie in direkte Aktionen umzusetzen.

Diese angeklagten Ideen können nicht in einem juristischen Kontext verteidigt werden, da sie grundsätzlich darauf abzielen, das Justizsystem und alles was dafür steht, zu zerstören. Aufgrund dieser Tatsache kann vor dem Staat keine Reue, Schuld oder Unschuld gezeigt werden.

Den Staatslakaien ist es unwichtig, dass plakatiert wurde und somit „nur“ eine eventuelle Sachbeschädigung begangen wurde, wichtig ist der verbreitete Inhalt. Vor diesem Staat sind alle Menschen, die subversive Ideen verbreiten, potenzielle Straftäter*innen, das ist nichts Neues. Daher ist es klar, dass mit diesem Strafbefehl indirekt alle diejenigen gemeint sind, die auf den Barrikaden in Hamburg gekämpft haben. Jede*r mit einer unterschiedlichen Vorstellung von einer neuen Welt, aber mit dem selben Wunsch nach einem Umsturz.

Jedes Maß an Repression kann entmystifiziert und eventuell sogar gebrochen werden, wenn der einzelnen betroffenen Person ein solidarisches Umfeld den Rücken deckt. Und wenn die Analysen und Praxen, für die ein*e Einzelne*r angeprangert ist, kollektiv verantwortet werden und eine generelle Komplizenschaft entwickelt wird.

Es wird weitere Infos und Taten geben!

Offensive Handlungsmöglichkeiten bei Repression

Thesen der öffentlichen Diskussionsveranstaltung

1) *Isolierung und Individualisierung durchbrechen mit Kollektivierung (Bekanntmachung)*.

Der erste Schritt bei einem staatlichen Angriff gegen unsere Strukturen und Gefährt*innen kann die Bekanntmachung sein. Dies bricht die Isolieurng des einzelnen Individuums und der Struktur auf. Dabei ist zu bedenken inwiefern Medien der Herrschaft benutzt werden sollen, die unsere Inhalte meist nicht unverfälscht darstellen und für ihre eigene Profit- und Sensationsgier ausbeuten. Dementsprechend können eigene Medien und Kommunikationswege gefunden werden, die eine Nachricht eventuell auch in einen Kontext eines des gegenwärtigen Kampfes bringt.

Indem der staatliche Angriff z.b. eine Hausdurchsuchung veröffentlicht wird, teilt man zum einen Gefährt*innen mit, in welcher Sache der Staat

ān zu machen. Zu diesem Zweck haben sie alle möglichen Folterinstrumente erfunden, wie etwa Gefängnisse etc...

Octave Garnier

ermittelt, d.h. es könnte eine hilfreiche Warnung sein und zum anderen könnte mit der Veröffentlichung ein offener Raum zum Treffen vereinbart werden, an dem sich verschiedene Individuen über den Ist-Zustand informieren können und zusammenschliessen können, um auf ihre Art und Weise Solidarität in der Situation auszuüben, z.B. Sponti, Soligruppe zum Thema, direkte Aktionen.

2) *Solidarität beudeutet nicht nur Kostendecken, sondern bestehende Kämpfe weiterführen.*

Kämpfe weiterführen kann heißen, ausgehend von der Analyse eines Repressionsvorfalls, Fazite aus dem Erlebten zu ziehen und perspektisch den Kampf auf intelligente Art zu verändern ohne jedoch die Qualität der permanenten Konfliktualität zu mindern und aus den Augen zu verlieren. Dadurch wird grundlegend das Prinzip der Repression, dass Kämpfe ins Stocken kommen oder in geringerer Qualität stattfinden, bekämpft. Kostendeckung ist zwar nötig, aber nur insofern nicht alle Energie und Zeit für das Geld organisieren drauf geht. Es gibt auch weitere Möglichkeiten an Kohle zu kommen, die verbunden sein könnten mit einer politisch-visierten Praxis (siehe Enteignung jeglicher Art, Abendessen unter Gefährt*innen, etc.). Ausserdem überwiegt bei Solidaritäts-Veranstaltungen oft der subkulturelle Aspekt, wo politische Inhalte nicht beachtet werden oder schlicht untergehen. Die Frage könnte unter anderem sein, wie Treffpunkte der „linken“ Szene mehr mit Inhalten gefüllt werden können?

3) *Das bedeutet auch „anscheinend“ kleine Strafanzeigen öffentlich zu machen*.

Die Repressionsmethode der Bußgeldstrafen ist mittlerweile gang und gebe. Dies bewirkt einerseits, besonders in Städten mit einer großen „linken“ Infrastruktur, das Bußgelder einfach hingenommen werden, da ja eh eine Solidarität-Struktur die Kosten stemmt. Andererseits wird genau bei diesem, spitzgesagt, Dienstleistungsystem der politisch relevante Aspekt der Repression völlig ausgeblendet. Langfristig sind Bußgelder natürlich nervig aber hinnehmbar, das kleinere Übel, vor dem Knast. Dieses Damokles-Schwert hängt dauernd über unseren Köpfen und ist in unseren Köpfen. Da sind kleinere kontinuierliche Strafanzeigen viel effektiver, uns davor abzuhalten Straftaten wieder zu begehen, weil sie uns mit dem Gedanken vor der Endstation Knast erpressen. Deswegen sind „kleine“ Strafanzeigen nicht zu unterschätzen, besonders auf einer psychischen Ebene.

4) *Konsequenzen der allgemeinen Strafverfolgung von solchen Lappalien*.

Die psychische Ebene der Repression spielt eine viel größere Rolle, als die der blanken und auf der Haut spürbaren Gewalt. Das haben viele Machtstrukturen schon längst gelernt und dementsprechend ihre Methoden verfeinert. Unsere Aufgabe, als diejenigen die diese Machstrukturen zerstören wollen, besteht darin diese Methoden zu erforschen und aufzuzeigen um sie unwirksam zu machen. Wie schon gesagt kann eine langandauernde in kleinen Dosen iniziierte Repression mehr Schaden bei den Gefährt*innen bewirken, als ein einzelner Faustschlag in einer physischen Auseinandersetzung mit den Bullen. Dies zeigt sich unter anderem wenn wegen kleinen „Delikten“ schon mehr oder weniger martialische Hausdurchsuchungen gestartet werden. Diese Vorgehensweise ist genausten kalkuliert, aber nicht um tatsächlich Beweise zu ermittlen, sondern um zu schikanieren. Die Bloßstellung der persönlichen Intimsphäre kann destruktive Wirkungen auf den/die Betroffene haben.

5) *Soli-Arbeit deshalb auch bei kleinen „Delikten“ wichtig*.

Soli-Arbeit heisst in diesem Sinne: Die Betroffenen zu unterstützen, auf jedenfall. Wobei es wichtig ist, auch für Gefährt*innen von wo anders her, aus diesen Erfahrungen lernen und erst recht zu erfahren. Dieser kollektive Austausch von Wissen und Erfahrungen kann der individuellen Stärkung nützen und Ideen ins Spiel bringen offenisiv die Repression zu bekämpfen. Soli-Arbeit kann deswegen auch heißen die Repression zu invertieren und zu einem Gegenangriff aufzurufen. Sei dieser inhaltlich oder mit Taten verbunden, am Besten beides.

6) *Fragwürdig zu glauben den Staat mit seinen eigenen Mitteln (Unschuld, Reue, Deals eingehen) zu bekämpfen. Wegkommen von juristischer Ebene.*

Ausgehend von der Tendenz eines notwendigen Gegenangriffs bei Repression, der auf einer grundlegend abneigenden Haltung gegenüber jeglicher Herrschaft beruht, stellt sich die Frage wie und wo diesen vollbringen. Die Mittel die der Staat einen/einer Beschuldigten zu Verfügung stellt, um sich zu verteidigen, sind gewollt begrenzt und vom Staat selbst erschaffen, sowie die Gesetze die gebrochen worden

sind. So kann und soll ein Gericht Schauplatz einer politischen Auseinandersetzung mit dem Staat sein? Inwieweit wollen die Revolutionär*innen die Mittel des Staates benutzen um ihn zu verletzten und bestenfalls zu zerstören? Können und sollen diese Mittel dazu genutzt werden um Schuld, Unschuld, Reue und Deals zu vermittlen?

7) *Ethische Grundsätze bestimmen unser Handeln, sind somit strikt verbunden mit der Eigenverantwortung unserer Taten, dies schliesst eine defenisve Positionierung vor dem Staat aus.*

Wenn ein Gericht mit seinen Kumpanen nicht der einzige Schauplatz unseres Gegen-Angriff ist, wo ist er dann? Wenn von Eigenverantwortung die Rede ist, dann ist damit die Bedeutung unserer eigenen Worte und Taten gemeint. Sie zu verstehen heisst mit den Konsquenzen unserer Ethik leben zu müssen. Denn wo die Rede von Revolution, Aufstand, sozialer Konfliktualität ist kann nicht erwartet werden, dass die Gegenseite nichts unternimmt. Offensichtlich reicht es schon davon zu sprechen und diese Ideen zu verbeiten um Angriffsziel zu werden. Das genau ist mit Konsequenzen gemeint, aber ein solidarisches Umfeld kann sie auf eine kollektive Ebene bringen, wo die Eigenverantworlichkeit zu einer Komplizenschaft wird mit jedem/r Beschuldigten.

Erklärung vor dem Gericht

Für mich ist das Gericht, dieses Gebäude der Autorität, kein wesentlicher Schauplatz einer anarchistischen und revolutionären Auseinandersetzung mit der Herrschaft. Die Kämpfe für eine Welt ohne Ausbeutende und Ausgebeutete finden im alltäglichen Leben und auf den Straßen statt. Ein Gerichtsverfahren ist eine aufgezwungene Momentaufnahme, die versucht laufende und vergangene Kämpfe zu schwächen und ihrer Mitstreitenden zu entziehen.

In gewisser Weise lasse ich mich aber auf das juristische Schauspiel ein, indem ich heute auf der Anklagebank sitze. Ich hätte auch einfach das festgesetzte Bußgeld zahlen können, um auf diese Gerichtsverhandlung zu verzichten. Doch Buße für was? Ich bin heute hier, um eine gewisse Öffentlichkeit zu erschaffen, die aufzeigen soll, was Repression offensiv entgegengestzt werden kann. Ich bin nicht hier um mich zu entschuldigen, noch meine Überzeugungen auf juristischer und defensiver Ebene vor Richtenden zu rechtfertigen. Mir ist vollkommen klar, dass ich - so wie grundsätzlich alle Angeklagten - exemplarisch verurteilt werde, um andere davor abzuschrecken die mir vorgeworfenen Taten zu begehen. Ich bezweifle, dass in diesem Fall die Intention der generellen Repression und Unterdrückung eine Wirkung haben wird, weil ich mich nicht als Person angegriffen fühle, sondern hauptsächlich für mein Idee von einem menschlichen Zusammenleben ohne jegliche Herrschaft. Diese Idee ist aber nicht einzig und alleine mir angehörig. Das haben tausende von Gefährtinnen und Gefährten Mitstreitenden unter anderem im Juli 2017 in Hamburg offensichtlich gezeigt.

Das heute Staatsbeauftragte über mich richten werden, bedeutet für mich ein Eingeständnis der Verwundbarkeit des Staates. So gesehen bin sicherlich nicht ich derjenige, der sich rechtfertigt mit diesem Prozess und Urteil, sondern Ihr: die Ihr eure blutgetränkte Macht und Untertänigkeit für Staat und Kapital verteidigen müsst! Auf Grund meiner Überzeugungen bestehe ich gewiss nicht auf das Recht der Meinungsäußerung, denn die Rechtssprache ist nicht die meinige.

Dementsprechend erwarte und fordere ich nichts von diesem Gericht und seinen Dienenden, denn wie ich schon gesagt habe: Die Kämpfe gegen die bestehende Ordnung und für eine befreite Gesellschaft werden an anderer Stelle ausgetragen.

Wieder Schlappe für den Staatsschutz Freispruch im G20-Plakat-Prozess

Kurzauswertung nach dem Prozess

Verschiedene Aufrufe, Diskussionen und Texte haben in letzter Zeit erneut die Frage nach einem offensiven Umgang mit Verfahren und Gerichtsprozessen aufgeworfen. Im Zusammenhang mit dem Verfahren um das Plakatieren des G20 Plakats „Es wird weitere Angriffe geben“ wurde probiert dazu einen praktischen Anstoß zu geben. In einem Text unter dem Titel „Den öffentlichen Frieden stören“, der im April in den Straßen Berlins verbreitet wurde und sich auf dieses Verfahren bezieht, hieß es dazu:

"Die Tatsache, dass die befreienden Momente des Angriffs auf den Staat beim G20 in Hamburg im Plakattext inhaltlich als Notwendigkeit und logische Konsequenz von Ausbeutungsverhältnissen beschrieben

der Koalition, dadurch Beförderung des initiativen Handelns, des Selbstvertrauens, auf die Kraft des Einzelnen, Wirkung des rmundung handlungsunfähiger Führer".
Johann Most

wurden, kommt nicht von irgendwoher. Der direkte Angriff auf Machtstrukturen und deren Symbole und Verteidiger*innen ist Teil einer revolutionären Perspektive, die für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpft. Für eine befreite Gesellschaft, ohne jegliche Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Denn die gewalttätige Unterdrückung des Menschen erschafft soziale Ungleichheiten, Ausbeutung, Machtkonflikte und letztendlich Kriege. Das sind eindeutig alles Eigenschaften eines modernen Staates - der sich aber stets seiner Angreifbarkeit bewusst ist. Der Grundpfeiler der westlich zivilisierten Welt, der Kapitalismus, entspringt keiner natürlichen Gegebenheit, denn sonst wären der Staat, seine Gesetze, Knäste und Strafmaßnahmen überflüssig. Diese deuten auf seine Verletzbarkeit hin! Denn was vom Menschen erschaffen wurde, kann auch nur durch ihn wieder zerstört werden!"

Nun kam es am 8. August zur Verhandlung vor dem Berliner Amtsgericht. Nach mehreren gemeinsamen Diskussionen darüber, was denn eine offensive Prozessführung konkret für den Gerichtssaal bedeuten kann, sind wir zum Entschluss gekommen, sowohl eine Erklärung (siehe oben) vorzulesen, als auch eine Befragung der PMS-Bullen durch einen Anwalt durchzuführen. Dabei war uns klar, das bereits die Anwesenheit des Angeklagten ein Widerspruch zu einer konsequenten Feindschaft dem Gericht gegenüber darstellt. In Abwägung dazu, dass sich das Entziehen vom Prozess wohl nur kurzfristig realisieren lässt, oder alles andere in keinem Verhältnis zwischen Aufwand und Konsequenzen gestanden hätte, fanden wir den Weg, im Gericht selbst unsere Ablehnung dieser Institution kundzutun eine Möglichkeit, ohne dabei unsere Ideale zu verraten. Das eine anwaltliche Vertretung dabei war und sich somit in gewisser Weise auf das juristische Schauspiel eingelassen wurde, war das Resultat einer strategischen Überlegung unter der Berücksichtigung aktueller Entwicklungen in Bezug auf die Rolle der PMS-Bullen, die sich zunehmend als Berufsidentifizierer in solchen Prozessen einen Namen machen, wie auch anhand der kürzlich erschienen Broschüre „Gefährderleaks“ gut zu erkennen ist. Um es diesen nicht zu leicht zu machen, sollten sie sich zumindest mit den Unannehmlichkeiten einer Zeugenbefragung konfrontiert sehen, und so möglicherweise vorgeführt werden.

Nach der öffentlichen Ankündigung den Prozess zu begleiten, wurde dieser kurzfristig in einen Sicherheitssaal verlegt und Auflagen erteilt. So wurden auch hier wieder Personalausweise aller Besucher*innen kopiert. Nach Eröffnung der Verhandlung hat der Angeklagte die Prozesserklärung verlesen, die von Staatsanwaltschaft und Richterin im weiteren Verlauf unkommentiert blieb. Anschließend wurden die drei Zivis vom LKA, welche wie gewohnt mit Kodiernummer auftraten, weil sie sich der Gefahr für Leib und Leben durch die „Szene“ ausgesetzt sehen, nacheinander in den Zeugenstand berufen und durch den Anwalt befragt. Ihre Aussagen, wie sie auf den Angeklagten aufmerksam wurden und ihn beim Kleben beobachtet haben wollen, schienen dabei nur die Staatsanwaltschaft überzeugt zu haben, welche im anschließenden Plädoyer 120 Tagessätze forderte. Der Anwalt plädierte auf Freispruch aufgrund ungenauer Angaben der Bullen und die Richterin schloss sich dem überraschenderweise an.

Dieses Resultat ist natürlich sehr erfreulich, zumal der Staat nun für die ganzen Kosten aufkommen muss und wir uns mit besseren Dingen beschäftigen können als Kohle zu organisieren. Außerdem wird die Glaubwürdigkeit der PMS‘ler, mit jeder Schlappe die sie einfahren, wohl fragwürdiger werden und kann zumindest für zukünftige Verfahren von Nutzen sein. Wir wollen uns davon aber nicht täuschen lassen und der Logik der Justiz verfallen. Für uns war und ist klar, dass es hier nicht um die Frage von Schuld oder Unschuld gehen kann, und somit ein Freispruch nicht ein Sieg bedeutet. Mit einer Verurteilung hätten wir genauso einen Umgang gefunden, aber wenn die Bullen zu blöd sind ihre Beweise richtig vorzulegen, nehmen wir es dankend an. Interessant ist für uns vielmehr die Stärke und Komplizenschaft, die sich aus gemeinsamen Handlungen, Prozessen und Diskussionen entwickeln. Dies schafft erst die Bedingungen, die uns den Mut und die Entschlossenheit gibt, dem Staat offensiv zu begegnen und die Angst vor den Konsequenzen, die dies nach sich zieht, zu minimieren. Und nicht zuletzt freut uns natürlich, das solche Angriffe auf unsere Ideen dazu führen, dass diese noch mehr Verbreitung finden und die zur Anklage gebrachten Plakate jetzt wieder in den Straßen zu sehen sind.

Irgendein Solidarisches Umfeld

Quelle: *de.indymedia.org/node/23510*

Wenn ich mich entschließe zu sprechen, dann nicht, um mich gegen die Taten zu verteidigen, die mir vorgeworfen werden, denn n verantwortlich.

Resumee

Ein Plakat, viele Diskussionen, eine Position

Die Relevanz einer Auswertung kann darin bestehen, basierend auf den gesammelten Erfahrungen, gegenwärtige und zukünftige Spannungen innerhalb einer revolutionären Bewegung zu verschärfen, zu reflektieren und kritisieren. Diese kollektiven Spannungen beruhen auf der jeweiligen Individualität und dem Willen zur Tat zu schreiten. Es sind diese beiden Zutaten, die uns im alltäglichen Leben anspornen, Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die uns mal mehr mal weniger in Gefahr bringen können. Man könnte auch behaupten, dass es die unausweichlichen Konsequenzen unserer Taten sind, die der Herrschaftsapparat für die Revoltierenden parat hält, mit denen ein bewusster Umgang erlernt werden sollte.

Ein Strafprozess ist in seinem Kern ein gewaltsamer Akt des Staates, um das unbeugsame Individuum zu bestrafen, um es zu isolieren und letztendlich zu brechen. Ziel ist die Kollaboration mit der Macht, Reue zeigen und eine Schuld eingestehen. Daher stellt sich die Frage für die Staatsfeinde, wie sich vor Gericht verhalten. Es gibt sicherlich nicht den wahren und einzigen Weg, um kämpferisch im oder außerhalb eines Gerichtssaals zu agieren. Dennoch sollte die politische Gesinnung, besonders derjenigen, die jeglicher Macht den Kampf erklärt haben, in jedem Moment des Lebens die Inhalte und Taten widerspiegeln. So können vor Gericht, vor den Bullen, vor jeglichem Moment der Unterdrückung einige Verhaltensweisen von Beginn an ausgeschlossen werden. Reue zeigen wäre so gesehen noch viel widersprüchlicher als sonstige Aussagen, weil man in dem Moment Verrat an sich selber begehen würde. Zudem wäre die Hoffnung, durch Reue eine Strafminderung oder Erlass zu bewirken, eine sehr naive Herangehensweise. Inspirierend könnte unter anderem sein, die eigene Position auch im Gerichtsaal beizubehalten. Den Verlockungen der Staatsdiener zu widerstehen und die gewollte Distanzierung zu seinen Taten zu ignorieren.

Der konkrete Plakat-Prozess, so wie er vorbereitet worden ist und wie er schlussendlich verlief, ist das Ergebnis verschiedener Diskussionen zwischen Mitstreiter*innen. Der Hauptanspruch war, Wege und Mittel zu finden, um die Repression zu entschärfen und Handlungsmöglichkeiten zu erkunden. Die Diskussionen wurden unter vier Augen, kollektiv und auch öffentlich geführt, um einen möglichst großen Austausch unter Gefährt*innen zu ermöglichen. Es wurden Texte, weitere Plakate und eine Themensammlung zum Thema Repression veröffentlicht. In den Gesprächen wurde klar, dass es den Willen gibt, eine offensive Prozessführung zu haben. Konkret hieß dies, den Anwalt als Werkzeug zu „benutzen“, und nicht alles von ihm vordiktiert zu bekommen. Der Anwalt wurde, unter

ur die Gesellschaft, die durch ihre Organisation die Menschen in einen ständigen Kampf gegeneinander versetzt, ist

Ravachol

anderem, bei den Vorbereitungsgesprächen mit einbezogen und es wurde klar gemacht, dass er nichts in Eigenregie machen soll. Also keine Abmachungen mit der Staatsanwaltschaft und keine Gesprächsbereitschaft mit der Richterin. Die Anwaltsstrategie wurde von dem Betroffenen und dem Umfeld bestimmt und hatte das Ziel, durch die Befragung der Staatsschützer, Druck auf sie auszuüben, sie zu nerven und sie möglicherweise in Widersprüche zu verwickeln. Das hat wunderbar funktioniert! Besonders der unerfahrenste Zivibulle, der auch Hauptzeuge war, wurde vom Anwalt regelrecht fertig gemacht. Er und seine Kollegen spürten die ihnen feindlich gesinnten Augenpaare in ihren Nacken. Allein deswegen war die Prozessbegleitung der Gefährt*innen schon wichtig. Der Betroffene hat wiederum nur seine Erklärung vorgelesen, ohne den Anspruch als Sieger oder Verlierer aus dem Gericht zu gehen. Die Vermutung lag eher nahe, dass alleine durch die offensive Erklärung, die Richterin zu einem vielleicht sogar härteren Urteil verleitet wird. Die Erklärung wurde aber gefühlt gar nicht von der Richterin wahrgenommen. Nur der Staatsanwalt schien ihr eher zuzuhören, wahrscheinlich um sich in seiner Vermutung einen Staatsfeind vor sich sitzen zu haben, bestätigt zu fühlen. Der Staatsanwalt hatte ein noch höheres Strafmaß gefordert, da ja keine Einsicht oder Reue gezeigt worden ist. Er hat dann noch irgendwas davon gelabert, dass die Tage von Hamburg schon dem Terrorismus ähneln. Von Staatsseite also das übliche Geschwätz! Der Anwalt plädierte letztendlich auf Freispruch, weil seiner Meinung nach die Aussagen von den Zeugen zu ungenau waren und es keine tatsächlichen Beweise für die angeklagte Tat gab. Erstaunlicherweise hat die Richterin ohne mit der Wimper zu zucken und ohne Bedenkpause den Freispruch bestätigt. Alle Kosten übernimmt die Staatskasse. Das war wohl eine kleine aber feine Schlappe für die Staatsanwaltschaft und Staatsschützer, die sich wahrscheinlich schon auf die Verurteilung gefreut hatten. Doch wie ist der Prozess für uns zu werten? Der Erfolg dieses Prozesses liegt nicht im Freispruch, sondern in der Umsetzung der vorher getroffenen Entscheidungen, sich auf ganz bestimmte Art zu verhalten. Am Abend vor dem Prozess wurde zum Beispiel das Plakat, das unter Anklage stand, in verschiedenen Teilen Berlins nochmal plakatiert, um sozusagen dem Staat genüsslich den gestreckten Mittelfinger zu zeigen.

Was überhaupt den Sicherheitsapparat dazu bewegt, solche Lappalien mit Strafbefehlen zu verfolgen, ist eine andere Frage. Wahrscheinlich liegt es am geringen bürokratischen Aufwand oder an der Übermotivation gewisser Zivibullen. Es als eine staatliche Strategie zu bewerten, kann so und so gesehen werden. In nächster Zeit wird sich zeigen, wie die Richter*innen auf ähnliche Prozesse reagieren werden. Und es wird sich auch zeigen, wie die betroffenen Gefährt*innen die Prozesse führen werden.

Im Nachhinein kann noch erwähnt werden, dass kurz nach dem Prozess der Staatsanwalt Einspruch gegen das Urteil eingelegt hat. Er hat ihn dann aber zurückgenommen, nachdem das schriftliche Urteil versendet worden ist. Vielleicht gab es die wage Hoffnung vom Staatsanwalt, dass die Richterin es sich doch noch anders überlegt oder es war ein pro forma Schritt. Insgesamt kann man mit der Prozessvorbereitung und -führung zufrieden sein, weil das, was man sich vorgenommen hat, durchgezogen wurde. Der Freispruch ist dabei ein unerwarteter Nebeneffekt. Ein Kritikpunkt kann die zu gering gehaltene „Öffentlichkeitsarbeit“ sein. Denn wenn es keine Unterschiede zwischen Lappalien und „großen“ Prozessen geben soll, dann sollte man auch mit derselben Energie an „kleine“ Prozesse herangehen und die Öffentlichkeit miteinbeziehen. In dem Plakat-Prozess schien es eher ein Katz-und-Maus Spiel zwischen zwei Rivalen. Klar kann es sich komisch anhören zu sagen, wenn ein*e Gefährt*in wegen Plakatierens Stress hat, muss das ganze Umfeld plakatieren gehen und womöglich noch mehr Anzeigen sammeln. Es muss uns aber auch bewusst sein, dass besonders das unspektakuläre und potenziell langweilige Plakatieren ein wichtiges kommunikatives Werkzeug einer subversiven Methode und Idee, die darauf beruht das Bestehende umzustürzen, ist. Es sollte unabhängig von Repression sowieso in unserem Waffenarsenal sein. Aus diesem Blickwinkel kann das gedruckte Wort für die Herrschaft genauso gefährlich sein, wie ein wütender Mob von Individuen. So macht es sehr wohl Sinn für den Staatsapparat, dass die Revolutionären für den Inhalt ihrer Texte belangt werden. Doch wie könnte man sich jemals davon abwenden oder sich auch nur im Geringsten davon distanzieren? In diesem Kontext wird nun eine provokante Frage in den Raum gestellt: wie kann man

Ich gestehe Niemandem das Recht zu, mir seinen Willen aufzudrängen, egal unter welchem Vorwand. Ich sehe nicht ein, wieso ich nicht getan habe, das ihn zum alleinigen Nutzniesser macht? Ich sage: nicht, und daher habe ich das Recht meine Bedürfn ich angegriffen werde, werde ich mich mit allen möglichen Mitteln verteidigen.

dieselbe Gesetzgebung (Visdp) benutzen, die Regeln vorschreibt und den Regelbruch bestraft, um nicht als Verfasser*in des Inhalts verantwortlich gemacht zu werden? Einige werden mit einem müden Augenrollen darauf reagieren und sagen; lieber so, als unendlich viele und teure Verfahren. Seit wann bitte schön beeinflusst denn der Pragmatismus des bequemeren Weges eine revolutionäre Bewegung? Dann könnten wir ja, überspitzt gesagt, gleich in die Politik gehen, um die Gesetze zu unseren Gunsten umzuschreiben, äh sorry, abzuschaffen. Die eigentliche Herausforderung basiert auf der gewollten Verantwortlichkeit, die in der enormen Bedeutung und dem potenziellen Ausmaß unserer Worte und Taten liegt. Was das genau heißt, von welchen Inhalt die Rede ist, was der Unterschied zwischen Märtyrertum und Verantwortlichkeit ist und was das mit uns zu tun hat, kann in zukünftigen Debatten, Texten und Aktionen ausgeführt werden.

FAZIT...
...OFFENSIVE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Diskussionen, die in dieser Broschüre zusammengefasst worden sind, beruhen auf der Perspektive des Aufbruchs und Ausbruchs, mit Einbeziehung der daraus folgenden unumgänglichen Konsequenzen. Es soll ein Aufbruch sein, in dem die Sehnsucht nach der grenzenlosen Freiheit gelebt wird. Einen Aufbruch, der dazu anstiften soll im hier und jetzt, die existierende Welt zum Einsturz zu bringen, mit wohlüberlegten Taten und bewussten Vorschlägen für eine Welt ohne jegliche Herrschaft, Ausbeutung und sonstiger Unterdrückung. Der Aufbruch soll somit als Anfang vom Ende der alten Welt angesehen werden. Der Ausbruch soll die konkrete Handlung sein, die dazu führen soll, dieses Ende hervorzurufen. Ein Ausbruch aus den Zwängen dieser Gesellschaft, die jede Person von uns seit der Geburt mit ihren starren Werten und Vorstellungen vergiftet. Wenn dies der Ausgangspunkt unseres Wesens ist, dann liegt es nahe, gewisse Risiken für die Veränderung in Kauf zu nehmen. Diese Risiken führen nicht selten zu einer Bestrafung und einer aufgezwungenen Isolation, unter anderem durch die Urteile der staatlichen Justiz.

Klar ist, dass jegliche Isolation das Ziel hat, die Rebell*innen zu brechen, körperlich und seelisch. Den Rebell*innen muss dieser mögliche Werdegang allgegenwärtig sein. Blindlings in die Fänge des Feindes zu laufen, kann fatale Folgen haben. Deswegen ist es eine persönliche und kollektive Verantwortung jeglicher revolutionärer Bewegung, mit offenen und kritischen Augen an die Tat zu schreiten. Dies heißt nicht, die Wut und den Hass gegen jegliche Autorität einzudämmen und die Wildheit bändigen zu wollen, im Gegenteil! Eine Auseinandersetzung mit den Folgen des eigenen Handelns kann das Verständnis von der Notwendigkeit der Revolte und des Angriffs nur verstärken. Die daraus resultierende Verlustangst der eigenen Freiheit, Privilegien, sogar des eigenen Lebens muss thematisiert werden und kollektiv besprochen und überwunden werden. Denn nichts ist lähmender, als nicht zu wissen, was der Angst entgegengesetzt werden kann.

Die Erfahrungen mit dem zurzeit größten Druckmittel der Staatsmacht können nur dazu dienen, diese Angst zu verlieren, beziehungsweise zu verstehen, dass auch innerhalb der Mauern der staatlichen Kerker alles weitergeht. Niemand kann behaupten, dass es ein einfaches Unterfangen ist, mir erhobenen Kopf den Erniedrigungen und Demütigungen im Knast standzuhalten, aber ähnliche, wenn auch entschärfte, Erfahrungen mit Autoritäten machen wir auch in „Freiheit“. In allen Situationen müssen die Rebell*innen Möglichkeiten finden, ihrem Drang nach der Rebellion Handlungsraum zu geben.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auch über die Flucht, die Klandestinität, das Abtauchen, das Verschwinden zu reden. Diese sollen nicht als ultimative Lösung vorgeschlagen werden, denn sie bergen in sich eine andere Art von Isolation, eine völlig neue, für die meisten wahrscheinlich eine noch unbekanntere Erfahrung, als der Knast. Sie sind verbunden mit Einsamkeit, Handlungsunfähigkeit, Abhängigkeit vom

ich nicht das Recht haben sollte, ein paar Trauben oder Äpfel zu essen, nur weil sie Mr. X gehören... Was hat er getan, was isse zu stillen und wenn er mich mit Gewalt davon abhalten will, werde ich revoltieren und meine Stärke mit ihm messen. Wenn

Octave Garnier

Umfeld, Verlust jeglicher Sicherheit und Depersonalisierung. Doch wenn man sich mit den Gefährt*innen austauscht, die die Erfahrung gemacht haben, sagen die meisten, dass es die intensivste Zeit ihres Lebens war, noch mehr sogar, als der Knast. Dies kann negativ oder positiv gewertet werden. Die Flucht jedoch kategorisch auszuschließen, wäre töricht. Man würde sich der Selbstermächtigung verweigern, über das eigene Leben zu entscheiden. Ein weiteres, folgendes Szenario wäre dann die konkrete Planung. Im besten Fall hat man Zeit sich davor Gedanken zu machen und so kann man sich der pragmatischen Umsetzung dieses Vorhabens widmen. Bestehen Infrastrukturen, die die Flüchtenden unterstützen können? Wenn nicht, wie können diese aussehen? Nicht zu unterschätzen ist der psychologische Gesichtspunkt: die Entscheidung das Umfeld, die Freund*innen und Familie, das bisherige Leben aufzugeben und die Ungewissheit vor dem was kommen wird. Die zermürbende Frage wann und ob man jemals wieder zurückkehren kann. All dies und vieles mehr kann den Klandestinen bei ihrer schwermütigen Entscheidung zum Verhängnis werden.

Hingegen können uns Gefährt*innen im Knast oder mit Knasterfahrung motivieren, mit der Repression einen Umgang zu finden. Ihre Kämpfe, ob persönlich oder kollektiv, sind Teil unserer Kämpfe und umgekehrt. Gefährt*innen, die von Repression betroffen sind und sich getreu ihren Ideen verhalten, können uns inspirieren. Die „Stärke“ einer Bewegung zeigt sich in der individuellen Bereitschaft, das Risiko zu handeln und sich zu solidarisieren einzugehen. Diese Bereitschaft basiert nicht auf der Quantität, der Anzahl von Menschen wie beispielsweise innerhalb einer Massenbewegung. Denn die Kraft und der Mut, die wir konkret erfahren, bilden sich bei den vielen kleinen und größeren Momenten der Diskussion, Kritik und Aktion mit Gefährt*innen. Der Wunsch und die fälschliche Annahme, dass nur dann eine Bewegung stark ist, wenn sie viele Teilnehmende hat, kann uns dazu verleiten, dass die Warterei auf die Massen überhand nimmt und in der Zwischenzeit nichts passiert. Für die Rebell*innen, die leben wollen, ist die Warterei eins der schlimmsten Szenarien. Das hat nichts mit blinder Selbstaufopferung oder Avantgardismus zu tun, sondern mit der schlichten Erkenntnis, dass der Wunsch und die Suche nach dem bewussten Akt der Revolte und der Solidarität nicht warten kann. Dahinter steht kein stumpfes politisches Kalkül, sondern der unbeschreibliche Drang die Freiheit zu leben.

Um diesen Drang einen Ausdruck zu geben, haben und brauchen wir Ideen, Vorschläge und Handlungsmöglichkeiten, damit wir die Revolte beginnen können. Wehe denen, die versuchen den Funken der Revolte im Keim zu ersticken, dem Staatsapparat mit seinen Diener*innen, aber auch den Strukturen und Strömungen, die sich politisch auf der „richtigen“ Seite sehen, aber durch ihre Politik das Weiterbestehen der ausbeuterischen Realität garantieren, sogar fördern. Das können linke Repräsentant*innen einer Befriedungspolitik oder Zusammenhänge, die reformistische Feuerwehrpolitik verfolgen, sein. Daher lasst uns aus dieser Polarität zwischen Staatstreue, Reformismus und Populismus ausbrechen und unabhängig davon eigene Wege einschlagen, die die Konstrukte von Legalität-Illegalität und Schuld-Unschuld nicht nur infrage stellen, sondern grundsätzlich verneinen. Es bedarf keiner Befriedung oder Bürokratisierung der Kämpfe und des daraus resultierenden Umgangs mit der Repression, sondern der Notwendigkeit dieser mit dem Hass gegen die Autorität und der Liebe zur Freiheit zu begegnen. Denn dies sind die grundlegenden Empfindungen, die uns überhaupt erst anspornen zu handeln.

Es liegt in der Natur von Gerichtsverfahren, dass sie politisch sind. So fällt es schwer zu glauben, dass durch die Relativierung „minderer" Anzeigen, das tatsächliche Ausmaß der autoritären Unterdrückung ausgeblendet, sogar verleumdet wird. Deswegen ist es leider noch notwendig zu versuchen, die Prozesse für die eigenen Leute und die Öffentlichkeit zu politisieren, also mit politischer Relevanz zu füllen. Man könnte dies sogar im positivsten Sinne als Möglichkeit sehen, den politischen Kampf auch im Gerichtsaal weiterzuführen. An sich wäre dies logisch, sofern die vorher genannte Voraussetzung der politischen Relevanz von Verfahren gegeben ist. Laut der geführten Diskussionen, ist der aktuelle Zustand der „Bewegung“ nicht der Beste und so müssen die Rebell*innen unaufhörlich und weiterhin auf eine gewisse, zumindest minimale, Integrität drängen.

So the bet remains to us, every anarchist cell and individuality that promotes continuous attack and rebellion, to prove that there wil
reignites the outbreaks of attacks in order to become truly dangerous. To remain a threat as an internal enemy at the heart of the sy
indefinitely by continuously increasing speed, carrying away anything of inferior proportions. It is a live bet, without end, but with

Die Diskussionen, die in dem Kontext der Repression gegen Nero zu Deals und Einlassungen geführt wurden, sind ein Ansatz, um revolutionäre Methoden im Umgang mit der Repression zu erkunden. Bestärkend sind die bisher wenigen aufgezeigten Beispiele, bei denen eine offensive Strategie verfolgt wurde. Nicht zu unterschätzen sind jedoch auch Fälle, bei denen es Kritik hagelt, denn aus „Fehlern“ kann nur gelernt werden. Die Unfehlbarkeit überlassen wir den Übermenschen. Wir, unser Bewusstsein, entsteht durch Fehler, die logischerweise erst durch die grundlegende Entscheidung zu handeln begangen werden können. Daher muss auch die Angst vor Fehlern und dem Handeln überwunden werden. Die Verantwortlichkeit besteht nicht darin, die angeblich fehlerhaften Gefährt*innen zu stigmatisieren, sondern gemeinsam die Gründe der Fehlschläge zu verstehen und beim nächsten Mal dafür zu sorgen, dass es besser läuft. Manchmal gibt es auch dumme Zufälle und Pech die zur Verfolgung führen, so was liegt nicht in unseren Händen und muss ärgerlicherweise hingenommen werden.

Was Anwält*innen betrifft: Sie sind die Vermittelnden zwischen den Rebell*innen und der Herrschaft. Sie dienen also der Mediation beider Interessen. Sie sind Techniker*innen, Spezialist*innen in der, von der Autorität geschaffenen, Gesetzesgebung. Ihre Expertise führt zu einer Abhängigkeit unsererseits, die wir eine instinktive Abscheu gegenüber der staatlichen Justiz verspüren. Insofern stellt sich die generelle Frage, inwieweit eine unreflektierte Kollaboration mit den Anwält*innen unsere Positionen beeinträchtigen kann. Generell könnte man behaupten, dass sie dem speziellen Zweck dienen sollen, der von uns im Voraus definiert wurde. Ein Freifahrtschein für sie wäre unverantwortlich und entmündigend. So sollte die Zusammenarbeit auf bestimmte Ziele hinarbeiten, die im besten Falle nicht der Schadensbegrenzung nachhecheln, sondern auf die offensive Prozessführung und politische Positionierung. Es ist schier unmöglich ein vorgekautes Rezept in Gänze vorzulegen, denn jeder Repressionsfall ist mit unendlich vielen Facetten versehen.

Im Falle der Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung stellt sich die Frage, inwiefern wir bereit sind, wie der Name schon sagt, zu verhandeln. Über was verhandeln? Über unsere Ideen und Taten? Wie kann darüber jemals mit der Autorität verhandelt werden? Letzten Endes geht es darum, unsere so schon eingeschränkte Freiheit, die im Falle einer Verurteilung abhanden kommt, möglichst zu bewahren. Darum verhandeln wir. Darum akzeptieren wir Kompromisse, lassen uns auf Deals ein und machen Einlassungen. Im schlimmsten Fall zeigen wir ernsthaft Reue, distanzieren uns, oder verpfeifen sogar unsere Gefährt*innen. Es scheint alles gerechtfertigt zu sein, um die eigene Haut zu retten. Wem kann man das verübeln?

Hier tritt die Verantwortung ins Spiel: Die unabdingbare Verantwortung gegenüber unserer Gefährt*innen und Kompliz*innen. Jedes Mal, wenn wir uns treffen, um uns auszutauschen, zu organisieren, zu konspirieren und anzugreifen, gehen wir ein Einverständnis ein, kein loses Versprechen, sondern einen verschwörerischen Pakt. Dieser Pakt bindet uns an unsere Kompliz*innen und an die Überzeugungen, für die wir kämpfen. Somit sind wir ausschließlich uns selbst und unseren Mitverschwörenden Rechenschaft schuldig. Diese enorme Verantwortung muss uns bewusst werden und in ihrer Konsequenz kann das heißen, jegliche Zusammenarbeit mit den Feinden der Freiheit zu verneinen. Dies ist ein sehr hoher ethischer Anspruch, ihn zu definieren und zu erreichen bedarf vieler Diskussionen und gemeinsamer Erfahrungen, er ist aber ausschlaggebend für das notwendige Vertrauen untereinander und in sich selbst.

Vertrauen in die Gefährt*innen und in sich selbst ist ein grundlegender Aspekt des revolutionären Bewusstseins. Es bekräftigt die Überzeugung und beflügelt die Kampfbegierde. Jeder Versuch der Individualisierung und Isolation ist vergebens und prallt an uns ab, wenn wir die Gewissheit über gegenseitiges Vertrauens haben. Deswegen ist die Solidarität mit Gefangenen und Angeklagten keine bloße humanitäre Dienstleistung, um sich im eigenen Aktivismus bestätigt zu fühlen, sondern eine Verpflichtung unter den Revolutionär*innen, auf die man vertrauen muss. Sie ist essenzieller Teil des Paktes, den man aus freier Entscheidung eingegangen ist.

ll be no truce with the enemy neither now nor ever. Particularly in times of repressive operations one does not step back, but instead stem. Because everything that rolls downhill, stops only when it finds an obstacle in front of it, otherwise it will continue to do so continuity, evolution and one direction only… liberation, anarchy.

Olga Economidou

Links

Plakatverfahren

de.indymedia.org/node/23331 - (B) Vom gestörten Frieden und seinen Folgen

de.indymedia.org/node/23195 - Keinen Frieden mit den Feind*innen der Freiheit - solidarisch zur Prozessbegleitung!

Reggea-Fieber

de.indymedia.org/node/30009 - (B) Ein lauer Winterabend oder wie beim LKA das Reggea-Fieber ausbrach

de.indymedia.org/node/30263 - Freispruch Fieber

Torte

de.indymedia.org/node/17757

Ferienwohnung

de.indymedia.org/node/9412

de.indymedia.org/node/21250 - Prozessbericht

Flensburg

de.indymedia.org/node/31249

Lausitz23

abc-wien.net/?p=6774

Nero

freeNero.blackblogs.org